Drinnen oder draußen?

Großbritannien und die Zukunft der EU / Von Jochen Buchsteiner und Majid Sattar

LONDON/BERLIN, 17. November Die Europapolitik der Briten wird in Deutschland oft als Position von Sonderlingen abgetan: ein Inselvolk, dessen Ängste vor einer weiteren Integration in die Europäische Union zunehmend irrational seien, ein Premierminister, der innenpolitisch von Euroskeptikern inner- und außerhalb seiner eigenen Partei gejagt wird, und Weiteres mehr. Die Argumente der Briten finden dabei in Berlin kaum wirkliche Beachtung.

Dass es sich lohnt, Europa und sich selbst einmal durch die britischen Augen zu sehen, bewies dieser Tage der frühere Premierminister John Major. Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung breitete er in Berlin die Position des Königreichs aus: „In or Out" – Großbritannien und die EU. Es war die Rede eines alten Tory-Politikers, der um den Verbleib seines Landes in der Union kämpft – aber nicht um jeden Preis. Zurzeit liege die Wahrscheinlichkeit eines „Brexits" bei knapp unter 50 Prozent, schätzte er. Wenn die Verhandlungen in Brüssel schlecht liefen, werde der Anteil jedoch steigen, woran niemand ein Interesse haben könne.

Es gebe Gründe dafür, dass London nicht bereit sei, an der Schaffung einer immer engeren Union mitzuwirken: die Rolle des Parlaments von Westminster und der „nationale Charakter" der Briten. Die britische Frustration, befand Major, habe mit den Jahren zugenommen. Da die Schaffung einer Eurozone unweigerlich zu einer vertieften Integration führe, London aber nicht beabsichtige, der Eurozone beizutreten, müsse das Verhältnis zwischen Eurozone und Nicht-Eurostaaten geklärt werden. Es sei jedenfalls nicht akzeptabel, dass eine vertiefte Eurozone ihre Stellung nutze, um die Integrationsschritte, auf die sich die Eurostaaten verständigt hätten, den Nicht-Eurostaaten aufzuzwingen.

Zum derzeitigen Streit zwischen London und Brüssel über die Personenfreizügigkeit sagte Major, er verstehe die Sorge, dass ein Grundprinzip ausgehöhlt werden könnte. Diese Sichtweise unterliege aber einem Trugschluss, denn auch die anderen Freiheiten des Binnenmarktes seien nicht vollständig verwirklicht worden: Wann werde etwa der Protektionismus enden und die EU sich den britischen Dienstleistungen öffnen? Was sei mit dem Energiemarkt, was mit dem digitalen Markt?

Bei der Freizügigkeit gehe es auch um Zahlen: Proportional habe wohl kein anderes Land so viele Migranten aufgenommen wie Großbritannien, was nicht verwunderlich sei: Das Königreich locke mit einer offenen Gesellschaft, einem flexiblen Arbeitsmarkt und einer beliebten Sprache. Großbritannien sei wohl die kulturell vielfältigste Nation in der EU – und London die kosmopolitischste Stadt der Welt. Die Motive der Einwanderer seien also ein Kompliment für sein Land. Jedoch belaste die Einwanderung auch das Sozialsystem, die Krankenversicherung, den Wohnungsmarkt, das Bildungssystem – und drücke das Lohnniveau. Er hasse diese Argumente, sagte Major, ignorieren könne er sie aber nicht.

In Britannien, wo Majors Rede größeren Widerhall fand als in Deutschland, wurde vor allem der Ton gewürdigt. Man ist es nicht mehr gewohnt, dass Politiker sachlich über Europa sprechen. Major gehört zu der kleinen Gruppe bekennender EU-Freunde in der Konservativen Partei, aber er findet auch bei der anderen Seite Gehör – zum einen, weil er der frühere Regierungschef ist, zum anderen, weil er die Probleme nicht verschweigt.

Seit David Cameron sich auf das EU-Freizügigkeitsprinzip eingeschossen hat, wird ihm von liberalen Gegnern vorgehalten, er kopiere die rechtspopulistische Unabhängigkeitspartei Ukip, welche die Tories mit der Einwanderungsfrage unter Druck setzt. Ausgerechnet Major gelang es nun in seiner Rede, Camerons Position noch zuzuspitzen und dabei weder taktisch noch chauvinistisch zu wirken.

Es geht auch sachlich: *John Major in Berlin* Foto AP

Am Sonntag legte er noch einmal nach und beschrieb in einem Interview mit der BBC, welchem Einwanderungsdruck die britische Wirtschaft ausgesetzt ist, die – laut Regierungsangaben – 2013 mehr Jobs geschaffen hat als der Rest der EU zusammen und mehr Auslandsinvestitionen angezogen hat als die gesamte Eurozone. Er sprach nicht einmal von den Osteuropäern, sondern von den Südeuropäern, die in Scharen ins Königreich strömten. Dieser Trend könne sich noch beschleunigen, wenn die Krise des Euro sich verschärfe. Britannien sei ein offenes Land, das von Einwanderung profitiere, sagte Major, „aber es gibt bei all dem ein spezielles Problem mit den Zahlen". Das Vereinigte Königreich sei in nur einem Jahrzehnt um sieben Prozent gewachsen. Ginge der Trend so weiter, wäre es in wenigen Jahrzehnten um 25 Prozent größer, während die Bevölkerung in Deutschland schrumpfe.

Major unterstützt Cameron nicht nur in seinem Angriff auf das Freizügigkeitsprinzip, sondern auch im Ziel, eine sogenannte „Rote Karte" für EU-Entscheidungen einzuführen. Diese sollte wirken, wenn sich zwölf nationale Parlamente gegen eine Brüsseler Regelung oder Verordnung aussprechen. Solche Reformen sowie die Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips seien nötig, um das „Demokratiedefizit" der EU abzubauen – und dafür gebe es in Europa auch genügend Verbündete. Major unterscheidet sich von Cameron nicht so sehr in der Sache, sondern im Ansatz. Wo der Premierminister droht, wirbt Major um Verständnis. Wo Cameron Prinzipien in Frage stellt, bittet Major um eine Ausnahme. Er will nicht die Pfeiler der EU schleifen, er denkt nur laut darüber nach, ob im Sonderfall Britannien ein Aufnahmestopp „für ein Jahr oder etwas länger" sinnvoll sein könnte. „Wir brauchen ein bisschen Hilfe für diese Periode", sagte er in der BBC.

Die „Times" erinnerte jetzt daran, dass Major bei aller Kritik aus seiner Partei den Maastricht-Vertrag 1992 „erfolgreich" verhandelt habe. Dank Major habe Britannien dem Euro ohne Einschränkungen fernbleiben und sich den Ausstieg aus der Harmonisierung des Arbeits- und Sozialrechts vorbehalten dürfen. Zudem sei auf Majors Betreiben das Fernziel eines europäischen Bundesstaates zugunsten der vageren Beschreibung einer „immer engeren Union" fallengelassen worden. Die Maxime, nach der er verhandelt habe, beschrieb er in dem Interview so: „Wenn du einen guten Grund hast und überzeugend bist, dann ist die Chance sehr groß, dass du eine zufriedenstellende Lösung mit nach Hause nimmst." In Berlin fügte er hinzu, was ein „Brexit" für Deutschland hieße: Es würde diejenige europäische Nation verlieren, deren ökonomischer Instinkt dem eigenen am nächsten komme.